

Als Reaktion auf das Männerreferat im Familienministerium gründete sich Ende 2010 das Bundesforum Männer als Pendant zum Deutschen Frauenrat. Neben kirchlichen Gruppen und Sozialverbänden sind auch Jungenarbeiter, Väterinitiativen und Wissenschaftler vertreten. Der Zusammenschluss versteht sich als Lobbygruppe, Beratungsinstanz und Sprachrohr. In den zehn Grundsätzen einer Plattform wird der „konstruktive Dialog zwischen den Geschlechtern“ befürwortet. Männerthemen müssten in Ministerien und Behörden mehr Beachtung finden, fordert das Forum, das sich von antifeministischen Strömungen ausdrücklich distanziert hat.

Männerpolitik wird in der Gleichstellungsdebatte inzwischen zwar als eigenständiger Bereich postuliert. In vielen Praxisfeldern (und in der Förderpraxis der Europäischen Union) aber überwiegt immer noch ein Denken, das Gender-Fragen weitgehend mit Frauenpolitik gleichsetzt. Mitgemeint, aber nicht mitgenannt: Dass das Wort „Männer“ in den Titeln der zuständigen Stellen, in den Bezeichnungen für Kommissionen oder Berichte nie auftaucht, ist keine Formalie. Darin drücken sich vielmehr, bei allem gutem Willen Einzelner, inhaltliche Nachrangigkeit und eine strukturelle Missachtung aus.

Förderprogramme für Jungen oder mehr Männerforschung an den Universitäten müssen nicht automatisch zu Lasten der nach wie vor notwendigen Frauenpolitik gehen. Eine gendialogische Perspektive nimmt konfrontativen Männerrechtlern den Wind aus den Segeln. Der Gestus des Tabubrechers, der angebliche Denkverbote missachtet, wird ebenso erschwert wie das Umdeuten von Begriffen wie Befreiung, Zivilgesellschaft oder Geschlechterdemokratie. Seit sich die konsensorientierten Gruppen stärker öffentlich zu Wort melden, zeigt sich, dass die Antifeministen keineswegs die Mehrheit der „Männerbewegung“ bilden und auch nicht die Ansätze staatlicher Männerpolitik prägen.